

Keine Angst vor Konkurrenz, pochen aber auf Fairness

Replik. Der von Josef Urschitz gewünschte Wettbewerb würde Staat keine Kosten sparen.

VON ANDREAS MATTHÄ

Nein, Herr Urschitz, wir haben keine Angst vor Wettbewerb, wie es in ihrem Kommentar vom 8. Juli heißt. Wir pochen nur darauf, dass die Bedingungen fair sind und dass er für die Fahrgäste und für die öffentliche Hand sinnvoll ist. Denn zum jetzigen Zeitpunkt würde der von Urschitz gewünschte Wettbewerb dem Staat keine Kosten sparen und das Service für die Bahnkundinnen und Bahnkunden würde nicht besser werden.

Aktuell werden die ÖBB und elf weitere heimische Bahnen mit der Erbringung von Leistungen direkt beauftragt. Allein die ÖBB fahren dafür über 6000 Züge pro Tag. Und das auf Strecken und mit Intervallen, die kein Bahnunternehmen kostendeckend betreiben kann – außer es würde die Ticketpreise verdrei- bis vervierfachen. Wenn wir also weiter günstige Tickets haben wollen, dann wird die öffentliche Hand auch in Zukunft die Tarife stützen müssen.

Urschitz meint offensichtlich, dass durch Ausschreibungen geringere öffentliche Zahlungen für den Betrieb besagter Strecken anfallen würden. Oberflächlich betrachtet scheint das möglich. Sehr oberflächlich betrachtet! Tatsache ist nämlich, dass unsere Konkurrenten die Tochterfirmen anderer europäischer Staatsbahnen sein werden. Deren personell sehr schlank organisierte Auslandstochter werden dabei weder Verantwortung für das Streckennetz noch für das Gesamtangebot und dessen Vertaktung übernehmen.

Gewinne fließen ins Ausland

Zudem werden die Gewinne der neuen Anbieter nicht wie bisher in den Ausbau der Bahn in Österreich fließen, sondern in den jeweiligen Konzernzentralen im Ausland landen. Jede Zusatzleistung, jede Investition in neue Angebote müsste dann erst recht wieder der österreichische Steuerzahler zahlen.

Bleibt die Frage, warum wir uns personell nicht auch so schlank aufstellen wie unsere Kon-

kurrenten. Wir beschäftigen aktuell rund 40.000 Menschen. Mehr als die Hälfte davon sind „Beamte“, die uns die Republik nicht – wie etwa in Deutschland – zu marktüblichen Konditionen „überlassen“ hat, sondern zu den Bedingungen, unter denen sie seinerzeit vom Staat eingestellt worden sind.

Ordentliche Bezahlung

Um nicht missverstanden zu werden: Sie alle erbringen hervorragende Leistungen, ohne die wir nicht so erfolgreich sein würden. Gegenüber unseren Mitbewerbern haben wir aus diesem Grund aber höhere Personalkosten. Und zwar, ohne dass wir als Unternehmen etwas dagegen tun können. Das könnte nämlich nur der Eigentümer, indem er die höheren Lohnkosten abdeckt. Mit Steuergeld!

Das erklärt auch, warum es für den Staat am Ende nicht billiger wird: Die definitiv gestellten Mitarbeiter muss der Eigentümer nämlich immer bezahlen. Es sei denn, wir schicken die Kollegen wieder in Frühpension. Dann würden die Kosten nicht mehr bei uns aufscheinen, dafür aber im Pensionsystem. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Urschitz das möchte. Und es wäre auch gegenüber den Mitarbeitern nicht fair.

Wir sind stolz darauf, dass wir unsere Mitarbeiter ordentlich bezahlen. Bei uns verdienen alle zumindest jene 1500 Euro brutto, die von den Sozialpartnern gerade als Mindestlohn festgelegt wurden. Dafür leisten sie auch viel: Sie sorgen mit Ihrem Einsatz und ihrem Know-how für Verlässlichkeit und für Sicherheit im Betrieb, die jedes öffentliche Verkehrsunternehmen braucht. Und sie sorgen mit ihrer Freundlichkeit und Kompetenz dafür, dass die Österreicher mittlerweile sehr stolz sind auf ihre rot-weiß-rote Bahn.

Andreas Matthä (54) arbeitet seit 35 Jahren im ÖBB-Konzern und ist seit Mai 2016 Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding AG. Vor dem Wechsel an die Konzernspitze war er Vorstand der ÖBB-Infrastruktur AG.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON SIBYLLE HAMANN



Hysterie oder Schönreden – das kann doch nicht alles gewesen sein

Wo ist eine Politik, die Fehlentwicklungen weder leugnet noch die vorhandenen Probleme mutwillig eskaliert? In Österreich jedenfalls sucht man sie vergeblich.

Oh ja, es gibt Probleme auf der Welt. Kleinere und größere, komplexe und banale. Und selbstverständlich gibt es auch Probleme in Österreich – zwar weniger existenzielle als in den 97 Prozent ärmeren Ländern dieser Welt, aber doch. Die entscheidende Frage ist: Wie geht Politik mit Problemen um? Grob gesprochen, gibt es drei Strategien: ► Methode eins ist: Sie ignorieren und schönreden. Dafür sind besonders jene politischen Akteure anfällig, die schon länger an der Macht sind. Logischerweise tragen sie deswegen für Fehlentwicklungen Verantwortung – und sehen ungern der Tatsache ins Auge, dass sie in ihrem Verantwortungsbereich etwas übersehen oder falsch gemacht haben könnten.

Das Aufdecken einzelner Fehlentwicklungen halten diese Akteure ganz schwer aus. Zwischentöne interessieren sie nicht. Wissenschaft ist okay, solange sie der guten Sache dient. Jede Kritik, und sei sie auch noch so sachlich, verstehen sie hingegen als Majestätsbeleidigung und als perfiden Versuch, ihre Legitimität zu untergraben. Und das darf nie und nimmer passieren – denn diese Akteure sind fest davon überzeugt, dass sie allein wissen, was für alle das Beste ist. Probleme sollen daher immer nur intern kommuniziert und rasch begraben werden.

Falls doch etwas publik wird, hilft nur: Die Kritiker schlechtmachen und behaupten, sie hätten unlautere Motive. Sonst tut man, als habe man alles im Griff, und schaltet notfalls noch ein paar großflächige Wohlfühlanzeigen in geneigten Massenblättern dazu.

► Methode zwei ist: Die Probleme kräftig schüren und Öl ins Feuer gießen. Sich dran freuen, wenn sie eskalieren. Und hoffen, dass man persönlich möglichst viel politisches Kapital daraus schlagen kann – egal, was auf dem Weg dabei kaputtgeht. Diese Strategie wird üblicherweise von jenen angewandt, die in Radikalopposition sind. Denn jede Fehlentwicklung, die man anprangern kann, beweist ja irgendein Versagen der derzeit Regierenden. In Österreich allerdings wenden diese Strategie interessanterwei-

se auch Akteure an, die selbst seit Jahren an der Macht sind. Fällt ihnen ein Problem auf, versuchen sie nicht etwa, eine Lösung zu finden, Verbündete zu suchen, und mitanzupacken, damit es ein bisschen besser wird.

Im Gegenteil: Sie tun alles, damit es noch schlimmer aussieht als es womöglich ist – denn damit wächst der persönliche Vorteil, den sie sich ausrechnen.

Wissenschaft dient dieser Strategie ausschließlich als Unterfutter für Alarmismus. Fakten und Zwischentöne interessieren sie nicht. Wer ihre Hysterie nicht teilt, dem wird wahlweise Dummheit oder Naivität unterstellt. Je aufgeheizter die politische Debatte, je irrationaler die Ängste rundum, desto besser. Nur so, meinen diese Akteure, kann man Wahlen gewinnen. Und die verbrannte Erde, die man dabei hinterlässt, die vergiftete Atmosphäre? Egal. Darum kann man sich später kümmern.

► In der Theorie müsste es allerdings auch noch eine dritte Art geben, mit Problemen umzugehen. In etwa ginge das so:

Zunächst einmal tritt man dem Problem unvoreingenommen gegenüber, formuliert klar, worum es geht. Dann versucht man, möglichst gut abgesicherte Daten heranzuschaffen, um sich ein objektives Bild zu machen. Dann setzt man sich mit den Betroffenen zusammen; versucht, gemeinsame Ziele zu definieren; und jenseits aller weltanschaulichen Grenzen Verbündete zu finden. Man versucht, Expertise zu heben, die bisher im Verborgenen schlummerte, man schaut sich Best-Practice-Modelle in vergleichbaren Ländern an, von denen man vielleicht etwas lernen kann.

Dann versucht man, das Problem von verschiedenen Seiten her anzugehen – und freut sich am Ende gemeinsam, wenn man einer Lösung vielleicht ein, zwei Schritte näher gekommen ist. Angeblich gibt es diese dritte Art, Politik zu machen, irgendwo. In Österreich allerdings werden wir in nächster Zeit kaum damit rechnen können.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:
Sibylle Hamann ist Journalistin in Wien.
Ihre Website: www.sibyllehamann.com

Morgen in „Quergeschrieben“:
Vielleicht noch vor 2025, vielleicht auch erst später: Das autonome Fahren kommt mit Sicherheit.
Von Rudolf Taschner

Urban Design oder Urban Destroyment?

„Nach ‚Spargel‘-Lift: Kommt in Linz die Hochhaus-Welle?“, Gastkommentar von Hans Peter Jeschke, 5. 7.

Sind die zahlreichen in Linz geplanten Hochhäuser Urban Design oder doch Urban Destroyment? Hier gibt es eine Gratwanderung zwischen Kunst, Fortschritt und Entwicklung im Bau und einer Zerstörung gewachsener Strukturen, schützenswerter Stadtbilder und dem Erhalt qualitativ hochwertiger Wohngegenden in den Städten. Hochhäuser in der Innenstadt werden, wie in Linz in der Kaarstraße vorgestellt, auf nicht einmal 1000 m² großen Grundstücken mit einer Geschoßflächenzahl von ca. 16 geplant.

In kleinsten Baulücken lassen sich 140 teure frei finanzierte Anlegerwohnungen mit großen Renditen für die Investoren realisieren. Daher ist es nicht verwunderlich, dass Projektbetreiber mit Nachdruck auf die Durchsetzung

von hohen Häusern drängen. Nachbargrundstücke werden hier mit bis zu 75 Meter hohen Wänden der Türme, die direkt an Gebäude und Terrassen angrenzen, stundenlang beschattet, und die Häuser und Grundflächen werden massiv entwertet.

Ein neuer Bebauungsplan soll eine 26-geschoßige Bebauung anstelle der bisher maximalen ein-geschoßigen ermöglichen und die Durchsetzbarkeit des Projektes erzwingen. Ein zu erhaltender historischer Stadtkern, der Gleichheitsgrundsatz Art 7 B-VGA und das Recht auf Licht und Luft § 364 ABGB werden bisher negiert.

Der dänische Architekt und Stadtplaner Jan Gehl bemüht sich um die Optimierung der Lebensqualität der Menschen in Städten und zeigt gleichzeitig auf, dass eine maximale Gebäudehöhe von fünf Geschoßen erstrebenswert ist, damit es neben dem Haus spielenden Kindern möglich ist, mit den Eltern im 5. Stock zu kommunizieren. Die langfristige Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität, auch

in dicht verbauten Stadtkernen, darf nicht kurzfristigen Investoreninteressen untergeordnet werden.
Susie Huber, 4040 Linz Urfahr

Wo bleiben brauchbare Alternativvorschläge?

„Pflegeress? Ja, bitte wieder her damit“, GK von Michael Amon, 7. 7. Wenn Herr Amon schon so viel Erfahrung mit 24-Stunden-Pflege hat, wird er vielleicht auch wissen, was eine seinen Vorstellungen entsprechende Pflege durch österreichisches Personal kosten würde. Denkt er wirklich, dass es heimische Pflegekräfte mit pflegerischer Ausbildung gibt, die für einen Monatsbetrag von 1500 bis 2200 Euro bereit sind, die 24-Stunden-Pflege zu übernehmen?

Hat Herr Amon schon einmal nachgedacht, was die von ihm geschätzte Pflege im Spital pro Monat kostet? Die von ausländischen Pflegekräften geleistete Pflege ist sicher manchmal nicht optimal, aber derzeit leider die einzige Möglichkeit für Menschen

ohne Betreuung durch Familienangehörige, zu Hause leben zu können. Ich wäre dankbar, wenn es außer sarkastischer Kritik brauchbare Alternativvorschläge von Herrn Amon gäbe.
DI Günter Lenhart, 2380 Perchtoldsdorf

Erschütternde Zustände in Pflegeheimen

Ich danke Michael Amon, dass er das große Tabuthema „Zustände in der Altenpflege in Österreich“ aufgegriffen hat, konkret den Teilbereich der 24-Stunden-Pflege. Auch wenn man hier natürlich nicht generalisieren darf, liegt hier sicher vieles im Argen.

Allerdings stimme ich nicht in allen Punkten mit Amon überein. Erstens finde ich das Entgelt der Pflegerinnen und Pfleger nicht angemessen, sondern viel zu gering. Zweitens ist die rechtliche Konstruktion der 24-Stunden-Pflege ein Etikettenschwindel, weil das Pflegepersonal nach allgemeinen arbeitsrechtlichen Maßstäben als Arbeitnehmer zu qualifizieren

wäre – de facto aber als Selbstständige angemeldet wird. Außerdem deutet Amon an, dass in den Heimen alles viel besser wäre.

In manchen Heimen, vor allen in denen der Stadt Wien, z. B. im Pflegeheim Liesing, herrschen katastrophale Zustände. Die Menschen warten dort unter traurigsten Bedingungen nur aufs Sterben. Die Menschen bekommen dort null Liebe, Zuwendung und Geborgenheit – es ist erschütternd.
Andreas Gruber, 1180 Wien

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte im Internet:

DiePresse.com/debatte

Hinweis: Die abgedruckten Leserbriefe müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.